

Ich denke, dass es lange nicht mehr so politische Zeiten wie heute gab. Das ist gut so! Die Fragen der Flüchtlingspolitik berühren die Menschen, regen sie zum Nachdenken und auch zum Helfen an. Es ist eine Zeit, in der die Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – gefragt sind. »Ein besseres Land kommt nicht von allein« – dieser Leitspruch der Sozialdemokratie ist in der Flüchtlingspolitik aktueller denn je.



Aydan Özoğuz

ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Zugleich ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

aydan.oezoguz@bk.bund.de

Robert von Olberg

Wer Sicherheit will, darf von Gerechtigkeit und Solidarität nicht schweigen

Sigmar Gabriel und das SPD-Präsidium haben ein Papier vorgelegt, mit dem sie die Diskussion um ein Zukunftsprogramm für die nächsten zehn Jahre innerhalb der SPD eröffnen wollen. *Starke Ideen für Deutschland 2025* heißt es. Als Plan, mit dem Sigmar Gabriel seine Partei retten wolle, beschrieb es DIE ZEIT Mitte Juni. Schnell wurde von einigen Vertreterinnen und Vertretern der Partei laut die Frage gestellt, ob darin die richtigen Zielsetzungen und Weichenstellungen für einen erfolgversprechenden sozialdemokratischen Kurs benannt würden. Dass in dem Papier auffallend häufig der Begriff Sicherheit vorkomme, hingegen selten nur der sozialdemokratische Grundwert der Gerechtigkeit beschworen und der SPD ein patriotisches Selbstverständnis verordnet werden würde, war in der Berichterstattung vielerorts zu lesen. Eine tiefergehende Debatte um die Thesen blieb jedoch bislang in Partei und Öffentlichkeit aus.

In dem Impulspapier erläutern die Autorinnen und Autoren klar, was dieses leisten soll: Es geht darum, eine Debatte darüber einzuläuten, wovon und wie wir in zehn Jahren leben wollen, wie wir Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt auch zukünftig schaffen und sichern wollen. Das sind unzweifelhaft Kernfragen einer programmatischen Standortbestimmung für eine Partei wie die SPD. Auch der Kontext, in dem das Papier vorgelegt wird, wird genau beschrieben: Selbstbewusst heißt es dort, dank der Sozialdemokratie verfüge die Bundesrepublik seit 2013 mit der Großen Koalition wieder über eine handlungsfähige und stabile Regierung, in der die SPD als Motor fungiere und etliche Reformprojekte bereits erfolgreich habe umsetzen können.

Diese Einleitung mag bei einem Thesenpapier dieses Typs zunächst überraschen. Es erscheint als durchaus merkwürdiges Framing einer zukunftsgerichteten Selbstvergewisserung und Orientierung, wenn eingangs eine derart stark auf die aktuelle Regierungspraxis bezogene Momentaufnahme in den Fokus gerückt wird, die zudem in weiten Teilen der Partei eher als notwendiges, alternativloses Übel, denn als strategisch-wünschenswertes politisches Projekt verstanden wird. Der machstrategische Ausblick, den das Papier anfügt, mag zudem kaum eine Sozialdemokratin oder einen Sozialdemokraten elektrisieren: Gezwungenermaßen treffend werden die Wahlerfolge der Partei in Ländern und

Kommunen beschrieben und für den Bund im Jahr 2017 doch nur die Minimalzielsetzung gewagt, »besser abzuschneiden« als zuletzt.

Dennoch ist es genau richtig, in der Situation der innerparteilich unbeliebten aktuellen Regierungskoalition mit der Union, den Blick nach vorne nicht nur auf kurzfristige Wahlkampfstrategien zu richten, sondern darüber hinaus die Diskussion über die längerfristige programmatische Aufstellung der Partei zu führen. Einerseits muss die SPD bemüht sein, nicht allein zur Regierungs(junior)partnerin der Union zu verkommen, die nur noch mit halber Kraft um Nuancen in der alltäglichen Kompromissfindung ringt. Sie muss, außer als tüchtiger und durchsetzungsfähiger Teil der Bundesregierung, auch noch als eigenständige Partei mit einem klar konturierten und auch in Abgrenzung zu anderen Akteuren der Parteienlandschaft formulierten politischen Programm erkennbar sein. In Zeiten für die eigene Basis und Anhängerschaft schmerzhafter Kompromisse der Kabinetts- und Koalitionsdisziplin stärker denn je. Andererseits ist die programmatische Kursbestimmung der SPD seit Jahren unbestimmt und offen, erscheint manchmal gar willkürlich und launenhaft. Diese offene Flanke vermochte auch das 2007 beschlossene und nach wie vor geltende Grundsatzprogramm der Partei nicht zu schließen, nachdem spätestens seit der zweiten Amtszeit der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer jahrzehntelang wohlgehütete und mit Überzeugung vertretene sozialdemokratische Grundüberzeugungen infrage oder teilweise auch auf den Kopf gestellt wurden. Die Initiative Gabriels kommt also nicht zur Unzeit, sondern im Gegenteil, im richtigen Moment. Jedenfalls dann, wenn man nicht die Versäumnisse der Vergangenheit kritisieren will. Denn Anlässe für eine eindeutige frühzeitigere programmatische Orientierung hätte es in den letzten Jahren genug gegeben.

*Als eigenständige
Partei erkennbar
sein*

Der genauere Blick auf das, was Gabriel und das Parteipräsidium als Thesen zur Diskussion stellen, lohnt also allemal. Wer daran dennoch zweifeln mag, bekommt auf den ersten Seiten des Papiers »zehn gute Gründe für die Diskussion mit und in der SPD« an die Hand gegeben. Hier findet sich vieles, das zum traditionellen sozialdemokratischen Allgemeingut gehört. Die SPD kämpfe für gleiche Chancen, Rechte, Pflichten eines und einer jeden einzelnen, unabhängig von der individuellen Herkunft, und »für eine Gesellschaft, die zusammenhält«. Diese Feststellungen werden niemanden überraschen, der auch nur annähernd eine Vorstellung davon hat, was eine sozialdemokratische Partei ausmachen soll. Überraschen und irritieren jedoch kann, dass an dieser Stelle versäumt wird, diese Zielsetzung mit dem traditionellen Vokabular des sozialdemokratischen Grundwertekanons zu bezeichnen: als das, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Gerechtigkeit und Solidarität verstehen. Auf diese Begriffe verzichtet das Papier an dieser Stelle. Wenige Zeilen später tauchen dann jene Vokabeln auf, die in der bisherigen Berichterstattung und Kommentierung der Thesen als neu und zum Teil von althergebrachten sozialdemokratischen Überzeugungen abweichend bezeichnet wurden: Aus dem Zusammenhalt, der sonst für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Solidarität hieß, entstehen, so heißt es in dem Papier, »Heimat und Geborgenheit«. Sicherheit wird zum »Bürgerrecht« erklärt. Die positive Bezugnahme auf Leistung und Wachstum, die wenig später folgt, gehört hingegen im sozialdemokratischen Programm- und Reformdiskurs bereits so lange zum Repertoire, wie sich die Partei zum meritokratischen Prinzip bekennt – also durchaus seit den 70er Jahren.

Und hier liegt dann auch das Hauptproblem des Impulspapiers. Es bleibt die Formulierung dessen schuldig, was angesichts der heutigen gesellschaftlichen Realitäten als Grundvoraussetzungen und politische Schlussfolgerungen für das Funktionieren des

einstigen meritokratisch-orientierten Versprechens von Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten für jede und jeden nötig ist. Die Analyse, wonach die »Auflösung der klassischen Beschäftigungsstrukturen und der damit einhergehende soziale Aufstieg« zur Auflösung der traditionellen sozialdemokratischen Milieus und damit auch der jahrzehntelangen Wählerinnen- und Wählerbindung geführt hat, ist mit Blick auf Anhänger/innen- und Mitgliedschaft der Partei zweifellos richtig. Auch mag es genügend Belege für die Behauptung geben, dass »Gesellschaftsstrukturen nicht mehr zementiert sind«. Wenn sie »überkommen« sind, wie es in dem Papier heißt, so ist dies sogar aus sozialdemokratischer Sicht absolut wünschenswert. Doch diese Analyse blendet die zahlreichen empirischen Belege für neue Abstiegsängste und Ungleichheiten, für neue Exklusions- und Abschottungstendenzen von Teilen der aufgestiegenen Schichten, das Fehlen tatsächlich realisierbarer Aufstiegsmöglichkeiten für ganze Gruppen der Gesellschaft, die eher stärker als schwächer werdende Festigung und Unveränderlichkeit sozio-ökonomischer Verhältnisse und die mit ihr einhergehende nach wie vor lebenswegentscheidende Bedeutung der Herkunft für weite Teile der Gesellschaft aus. Dies alles ist zuhauf belegte und beschriebene gesellschaftliche Realität in der Bundesrepublik, die den Ausgangspunkt eines sozialdemokratischen Zukunftsdiskurses über Ziele, Mittel und Wege der politischen Gestaltung und Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bilden muss.

Den Begriff der Sicherheit bei dieser Diskussion in den Mittelpunkt zu rücken, steht dem nicht im Wege. Im Gegenteil: Diese Fakten über die gesellschaftliche Realität sind Teil der alltäglichen Sorgen, Unsicherheiten und Verunsicherungen weite Teile der Gesellschaft, um die sich die SPD laut Gabriels Papier stärker kümmern soll. Ein *Sicherheitsbegriff zu eng gefasst* dieser Aspekte umfassender Sicherheitsbegriff muss daher weiter gefasst sein, als ein vermeintlich klassischer Sicherheitsbegriff, der sich vor allem mit den Ängsten und Sorgen der Menschen angesichts einer sich verändernden weltpolitischen Konfliktlage beschäftigt. Diese unzureichende Schwerpunktsetzung dessen, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Sicherheit verstehen sollen, legt jedoch das bisherige Papier nahe. Zwar bleiben die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Wohnens, der Pflege, der Alterssicherung und der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben nicht unerwähnt. Sie nehmen in dem Papier neben Kriminalität, Terrorismus und Krieg jedoch eher eine randständige Rolle ein. Das, was in dem Papier als Handlungsprogramm für die weitere Regierungsarbeit in der Großen Koalition benannt wird – Entgeltgleichheit, Bekämpfung von Missbrauch bei Leih- und Zeitarbeit, Bundesteilhabegesetz, Rentenangleichung in Ost und West, Solidarrente – berührt im Kern zentrale gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen. Sie als solche zu benennen, gehört ebenso zur Klarheit und Unmissverständlichkeit sozialdemokratischer Kursbestimmung wie die mit dem Papier geforderte Verständigung über die sozialdemokratischen Grundsatzpositionen für die Herausforderungen der näheren Zukunft des Landes.

Es ist richtig, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im eigenen politischen Handeln, das Ziel der Wohlstands- und Freiheitssicherung für die kommenden Generationen zu verfolgen, so wie es im Papier heißt. Es ist aber genauso Aufgabe einer sich in Regierungsverantwortung befindenden Partei, die realen Lebensverhältnisse der gegenwärtigen Generationen zu verbessern. Und als Regierungspartei – das macht das Papier unmissverständlich deutlich – versteht Sigmar Gabriel die SPD. So müssen die zahlreichen Verweise auf die aktuelle Regierungsarbeit in der Regierung Merkel verstanden werden. Sie vor Augen überrascht dann der auch zu findende Hinweis auf die Notwendigkeit der

Definition von Anknüpfungspunkten im Parteienspektrum, »um eine andere Mehrheit als die Große Koalition zu ermöglichen«. Zugleich beruhigt er jene in der Partei, die in nicht unbeträchtlicher Zahl die Faust in der Tasche immer fester ballen, wenn sie das Regierungsgeschehen in Berlin derzeit verfolgen.

Zwei Stränge darf die SPD bei der weiteren Diskussion um ihre künftige programmatische Aufstellung nicht vergessen, will sie ihre Ansprüche an eine Gesellschaft der Chancengleichheit und Aufstiegschancen für alle aufrecht erhalten: Um Teilhabe, Wohlstand, Chancen, Aufstiegsmöglichkeiten für alle zu gewährleisten, darf über die individuelle Perspektive hinaus der Gedanke der gemeinsamen gesellschaftlichen Anstrengung und Aufgabe, der gegenseitigen Verantwortung, der Solidarität in der Gesellschaft nicht aus dem Blick verloren gehen. Die Fokussierung auf das Individuum der Schröder'schen Reformpolitik à la »jeder ist seines Glückes Schmied« und »wir müssen die Eigenverantwortung stärken« ist es gewesen, was es der SPD in der Vergangenheit so schwer gemacht hat, überzeugend im Sinne einer sozialdemokratischen Gestaltung der Gesellschaft für ihre Politik zu werben. Und damit verbunden ist die zweite Notwendigkeit: Wer für »Chancen- und Leistungsgerechtigkeit« kämpft, muss auch für Ausgleichsmechanismen in der Gesellschaft sorgen. Anders lässt sich die Definitionsmacht der individuellen Herkunft über die Zukunft der Menschen nicht überwinden. Sie sind zudem Herzstück des Sozialstaats, den die SPD gegen die neoliberalen Frontalangriffe doch nach wie vor verteidigt. Und selbst wenn sie ganz oben in der SPD-Spitze inzwischen als Thema lieber in den Giftschränk gesperrt werden soll, so gehört auch die Frage nach der Steuergerechtigkeit in diesen Instrumentenkasten.

Wer Sicherheit zum programmatischen Kernversprechen seiner Politik machen will, darf von Gerechtigkeit und Solidarität nicht schweigen. Das muss wissen, wer in der SPD über den programmatischen Kurs der nächsten Jahre diskutiert. Auch wenn manchem diese Kernbegriffe des sozialdemokratischen Selbstverständnisses verstaubt und zu wenig zukunftsstauglich erscheinen mögen.

*Solidarität nicht
aus dem Blick
verlieren*



Robert von Olberg

ist Politikwissenschaftler, Mitglied des Rates der Stadt Münster und Vorsitzender der SPD Münster.

v.olberg@muenster.de